



## Krankenhäuser in staatliche Hand: jetzt!

Private Krankenhauskonzerne verdienen sich eine goldene Nase. Diejenigen, die tatsächlich Anerkennung und mehr Geld verdienen, sind die Beschäftigten in den Krankenhäusern. Diese gehen leer aus. Die Versicherten zahlen die Milliardengewinne mit ihren Beiträgen. Wenn sie ins Krankenhaus kommen, müssen sie aber fürchten, dass das Personal überlastet ist. Mehr noch: In einem kommerzialisierten Krankenhaussystem haben Patientinnen und Patienten immer das unguete Gefühl, dass für die Therapieentscheidungen nicht alleine ihre Gesundheit zählt. Leider zurecht: Ärztinnen und Ärzte berichten über Einflussnahme des Krankenhausmanagements auf medizinische Entscheidungen. Dazu kommt: Abteilungen und ganze Krankenhäuser werden geschlossen. Nicht etwa, weil man sie nicht braucht, sondern weil sie sich nicht rechnen. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE sagt: Schluss mit Privatisierung und Profit! Krankenhäuser sollen den Patientinnen und Patienten dienen, nicht den Konzernen!

Antrag 19/26168:  
**Systemwechsel im Krankenhaus –  
Gemeinwohl statt Kostendruck  
und Profite**



## Gute Löhne, gutes Leben: jetzt!

Nicht der Markt hat uns durch die Krise geholfen, sondern der Sozialstaat. Damit er allen ausreichend Schutz bietet, ist er auszubauen. Unsere solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, eine verbesserte Arbeitslosenversicherung und der Umbau der gesetzlichen Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung sind wesentliche Bausteine für eine **beitragsfinanzierte Sozialversicherung**, die hält, was sie verspricht. **Steuerfinanzierte Mindestsicherungen** sollen dort wirken, wo die Sozialversicherungssysteme nicht greifen.

Gute Arbeit und Vollbeschäftigung sind der Schlüssel zu allem. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und angemessene Löhne sorgen für größere Zufriedenheit bei den Beschäftigten und mehr Einnahmen und weniger Ausgaben in den Sozialversicherungen und öffentlichen Haushalten. Anständige Löhne ermöglichen ein gutes Leben und eine Rente, die auch im Alter den Lebensstandard sichert. Unser Normalarbeitsverhältnis steht für unbefristete Arbeitsverträge, Mitbestimmung und starke Gewerkschaften. Eine flächendeckende Tarifbindung ist der beste Garant für gute Arbeit.

Antrag 19/14788:  
**Hartz IV überwinden –  
Für gute Arbeit und soziale Garantien**



## **DIE LINKE.**

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Jan Korte

Mehr Informationen finden Sie hier:  
<https://www.linksfraktion.de/aufbruch>  
210527

# Aufbruch für ein gerechtes Land

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

**Aufbruch für  
ein gerechtes  
Land!**

- Vermögensabgabe für Superreiche: jetzt!
- Weniger Rüstung, mehr Rente: jetzt!
- Krankenhäuser in staatliche Hand: jetzt!
- Gute Löhne, gutes Leben: jetzt!





## Die Pandemie ...

... hat wie unter einem Brennglas deutlich gemacht, was in unserem Land schief läuft. Das gewinnorientierte Gesundheitssystem, der große Niedriglohnsektor, unzureichende soziale Sicherungssysteme, Milliarden für Rüstungsprojekte statt für ein gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem - all das und vieles mehr haben wir bereits lange vor der Corona-Krise kritisiert und Lösungsvorschläge im Bundestag eingebracht.

Und wir werden nicht locker lassen: Für Millionen Menschen in diesem Land geht es um schnelle, konkrete Hilfen, aber auch um grundlegende Weichenstellungen, die wir jetzt in Angriff nehmen müssen, damit nicht wieder einmal diejenigen die Kosten der Krise tragen müssen, die schon jetzt am meisten unter ihr leiden. Es geht um einen Aufbruch für ein gerechtes Land.

Dafür steht die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

## Vermögensabgabe für Superreiche: jetzt!

Die Politik muss sich ehrlich machen und die Frage beantworten: Wer zahlt die Krise? Wir tun das. Um den Kürzungshammer zu vermeiden, fordern wir eine einmalige Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre nach dem Vorbild des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Damit nicht die zahlen, die den Laden am Laufen gehalten haben, sondern die Mega-Reichen, die eine Corona-Party feierten und trotz Krise noch reicher geworden sind. Die Abgabe träfe nur die reichsten 0,7 Prozent. Dabei gelten hohe Freigrenzen: 2 Millionen Euro für Privatvermögen und 5 Millionen Euro für Betriebsvermögen. Schulden, z.B. für Hauskredite, werden vorher abgezogen. Wer weniger hat, zahlt nichts. Wer mehr hat, zahlt nur für jeden Euro, der über der Freigrenze liegt. Die Abgabe startet bei 10 Prozent. Erst ab 100 Million Euro gilt der Spitzensatz von 30 Prozent. Da die Abgabe aber über 20 Jahre abbezahlt werden kann, beträgt die jährliche Belastung nur zwischen 0,1 und 1,8 Prozent. Das ist zumutbar und gerecht!

Antrag 19/28908:  
**Einmalige Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre**



## Weniger Rüstung, mehr Rente: jetzt!

Seit 2014 sind die Rüstungsausgaben weltweit gefährlich gestiegen, auch Deutschland hat von 34 auf 53 Milliarden Euro Militärausgaben jährlich aufgerüstet – dank der Zusage unserer Regierenden an die NATO, in Zukunft zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung aufwenden zu wollen. Und wenn alles nach ihren Plänen läuft, sollen sich die deutschen Rüstungsausgaben am Ende sogar mehr als verdoppeln – u.a. um atomwaffenfähige Bomber und Kampfdrohnen zu beschaffen. Und all das, weil die Russen und gar noch die Chinesen die NATO bedrohen? Allein die USA geben jedes Jahr drei Mal so viel für ihr Militär aus (785 Milliarden Dollar) wie China (200) und Russland (64) zusammen! Die Bundestagsfraktion DIE LINKE sagt: Stopp diesem gefährlichen atomaren Roulette-Spiel mit dem Frieden! Dieses Geld brauchen wir für bessere Löhne und mehr Pflegepersonal in Krankenhäusern und Heimen, für den Bau der fünf Millionen in Deutschland fehlenden Sozialwohnungen, für eine würdige Rente und zur Bekämpfung von Klimaschäden und Fluchtursachen. Denn Frieden zahlt sich letztlich aus.

Antrag 19/18750:  
**Geld für das Gesundheitssystem statt für atomwaffentragende Kampfbomber**

